

Pränumerations-Preise:

Für Laibach:

Ganzjährig . . . 8 fl. 40 kr.
 Halbjährig . . . 4 „ 20 „
 Vierteljährig . . . 2 „ 10 „
 Monatlich . . . — 70 „

Mit der Post:

Ganzjährig . . . 11 fl. — kr.
 Halbjährig . . . 5 „ 50 „
 Vierteljährig . . . 2 „ 75 „

Für Zustellung ins Haus vierteljährig 25 kr., monatlich 9 kr.

Einzelne Nummern 6 kr.

Laibacher

Tagblatt.

Redaktion:

Bahnhofgasse Nr. 132.

Expedition und Inseraten-Bureau:

Konarschplatz Nr. 81 (Buchhandlung von J. v. Kleinmayr & F. Bamberg).

Inserationspreise:

Für die einspaltige Zeile 8 kr. bei zweimaliger Einschaltung à 5 kr. dreimal à 7 kr.

Inserationspreis jedesmal 50 kr.

Bei größeren Inseraten und öfterer Einschaltung entsprechender Rabatt.

Anonime Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 21.

Freitag, 26. Jänner 1872. — Morgen: Johann Chrys.

5. Jahrgang.

„Der Gefangene im Vatikan.“

Das muß man unsern katholisch-politischen lassen, an Hartnäckigkeit und Unversöhnlichkeit mit den Ideen, welche die Zeit bewegen, thut es ihnen niemand gleich. Noch ist es kein Jahr her, seit die österreichischen Kirchenfürsten mit einem „Bittgeuch“ sich den Stufen des Thrones genahet und die Wiederherstellung des Kirchenstaates „bis auf das letzte Dorf“ verlangt haben, und schon lesen wir wiederum von einer Audienz, welche ein anderer Flügel der schwarzen Armee, die feudalen Vaugrafen, an ihrer Spitze Baron Stillsried und Graf Leo Thun, beim Minister des Aeußern, Grafen Andrassy genommen, um demselben begreiflich zu machen, daß sie und ihre Freunde die gegenwärtige Lage des „Gefangenen im Vatikan“ für eine nicht länger erträgliche und kein Verbleiben dajelbst für unhaltbar erachten. Denn, man höre — die Sicherheit und Möglichkeit zur Ausübung seiner geistlichen Regierung sei ihm benommen, Zeug dessen der Vorfall zwischen dem Kardinal und Kriegeminister Sr. Heiligkeit, Merode und einem italienischen Wachtposten

Lüge und Entstellung, das sind die Hauptwaffen der Partei, die sich die staatsrechtliche nennt, wo immer sie auftritt; das geht aus der authentischen Darstellung der merkwürdigen Unterredung hervor, wie selbe Graf Andrassy den von den ultramontanen Junkern verbreiteten Irrthümern und Fälschungen gegenüber veranlaßt hat.

Graf Andrassy ist der Mann, der die Partei unserer Feudalen gründlich kennt, der also am besten die unwürdigen Mittel, mit welchen sie Staat und Verfassung unterminiren, zu schätzen weiß. Eben so wenig läßt er sich von katholischen Ränken, von der Lüge und Heuchelei der föderalistischen Adelspartei hinteres Licht führen. Er zwang in schlichter einfacher Weise die Stimmführer der Deputation, die Lügenhaftigkeit und Entstellung ihrer Angaben, die Ungereimtheit und das Wahnsinnige ihre Forderungen selbst einzugestehen. Daß die Niederlage, die er ihnen so bereitet, eine bittere, beweisen die entstellten Berichte, das Verschweigen der wesentlichen Punkte, das Gezeter über den Freimaurer von Minister, das Wehgeschrei über den „Staat ohne Gott“, das sich nunmehr einstimmig in ihren Leiborganen vernehmen läßt.

Daß die Sicherheit der geistlichen Regierung des heiligen Vaters nicht im mindesten gefährdet, beweist, wie Graf Andrassy richtig bemerkte, der Umstand, daß der Papst mit der Erklärung und der Bestrafung derjenigen, deren Verschweigen jenen Vorfall verschuldet, befriedigt gewesen sei und wegen desselben keine weiteren Beschwerden erhoben habe. Als der Sprecher der Deputation darauf bemerkte, der Papst, wenn er auch in seiner persönlichen Sicherheit nicht gefährdet wäre, sei doch in der freien Ausübung seiner kirchlichen Rechte und Pflichten behindert, entgegnete Andrassy, er habe als Katholik und Minister eines apostolischen Monarchen für die persönliche Sicherheit des Papstes und dessen Freiheit in der Regierung der Kirche stets das lebhafteste Interesse gefühlt. Das Bestreben des auswärtigen Amtes sei es gewesen, den Wirkungskreis all derjenigen katholischen Institute, die einen allgemeinen europäischen Charakter haben und durch deren Vermittlung der heilige Vater die Regierung der katholischen Kirche ausübt, ungeschmälert zu erhalten. Der italienischen Regierung sei das Interesse, welches die Regierung Sr. Majestät des Kaisers von der Erhaltung dieser Institute nehme, offen dargelegt worden. Die von der italienischen Regierung darauf ertheilte Antwort lasse schließen, daß die Berechtigung der gemachten Vorstellungen vollständig gewürdigt werde, und daß dieselbe in Folge der freundschaftlichen Beziehungen zu Italien, auf die der Staat großes Gewicht lege, von Erfolg begleitet sein werden.

Als der Baron dies nur leere Versprechungen nannte, und als Beweis dafür anführte, die italienische Regierung habe den von Sr. Heiligkeit ernannten Bischöfen die Temporalien entzogen, was doch Sr. Heiligkeit in der Ausübung der kirchlichen Gewalt behindern heiße, mußte sich der klerikale Junker offen der Lüge und Entstellung zeihen lassen; denn der Minister des Aeußern erwiederte ihm wörtlich, er fühle sich nicht berechtigt, von einer Regierung voranzusetzen, sie lasse ihr Versprechen unerfüllt. Die italienische Regierung habe auch, wie er wisse, den Bischöfen die Temporalien nicht entzogen, sondern bloß das Verlangen gestellt, daß dieselben bei Antritt ihres Amtes die Uebernahme der Diözesen den Zivilautoritäten einfach kundgeben. Dort genüge eben die einfache Bekanntgebung, dem Standpunkte der vollständigen Trennung der Kirche vom Staate entsprechend, während in Oesterreich das Gesetz mehr verlangen würde. Aus dem erwähnten Verlangen der italienischen Regierung könne also kaum gefolgert werden, es werde dem heiligen Vater die Ausübung seiner geistlichen Rechte unmöglich gemacht.

Nun erst, nach diesen Plänkeleien, rückte der Sprecher der Deputation mit dem wahren Hintergrundgedanken unserer Junker und Klerikalen hervor: er meinte in allem Ernst, es sei überhaupt an eine Unabhängigkeit des Papstes nicht zu denken, insofern Rom von der italienischen Regierung besetzt und die „Gewaltthat der Invasion“ nicht behoben sein werde. Bis das nicht geschehe, sei eine wirkliche Verbesserung der Lage Sr. Heiligkeit nur so zu erwarten, wenn der heil. Vater bewogen würde, ein ihm angebotenes Asyl in einem katholischen Staate außerhalb Italiens anzunehmen. Graf Andrassy entgegnete darauf, er müsse die Herren darauf aufmerksam machen, daß die bewährtesten Rathgeber Sr. Heiligkeit nicht dieser Ansicht sind. Auch er persönlich bekenne sich zu der Ansicht, daß es keinen katholischen Staat gebe, der in der Lage wäre, dem heil. Vater ein bleibendes Asyl zu gewähren, welches demselben im Interesse der katholischen Religion und zur Ausübung seiner geistlichen Macht auch nur jene Vortheile bieten könnte, welche ihm seine gegenwärtige Stellung in Rom gewährt. Was die Besetzung Roms durch die italienische Regierung betreffe, so wüßten die Herren gewiß durch eigene Erfahrung, daß es keinen Souverain in Europa

gibt, der von einem lebhafteren Gefühle der Pflicht durchdrungen wäre, als Sr. Majestät unser Kaiser. Aus diesem Bewußtsein können die Herren volle Veruhigung darüber schöpfen, daß Sr. Majestät gewiß in keinem Falle etwas unterlassen würde, was ihm seine Stellung als katholischer Souverän zur Pflicht machen sollte. Aber die Herren werden begreifen, daß eben dieses Pflichtgefühl Sr. Majestät das Wohl seiner Unterthanen und daher die Erhaltung des Friedens der Monarchie, welche die Vorsehung ihm anvertraut, als seine erste Aufgabe erscheinen lasse. Was ihn, Sr. Majestät Minister betreffe, so kennen die Herren sein Programm: es ist der Friede nach Innen und Außen; er könne daher den Anschauungen der Herren nicht beipflichten und finde sich nicht berufen, von dieser Richtung abzugehen. „Sie wissen, meine Herren,“ fuhr der Minister fort, „ich bin ein Freund der klaren Situationen. Ihre Vorstellungen werden nur dann klar, wenn sie in einen praktischen Vorschlag auslaufen. Erlauben Sie mir daher, daß ich bezüglich dessen, was Sie von der Besetzung Roms gesagt, die praktische Frage an Sie richte: Sind Sie der Meinung, daß es unsere Aufgabe wäre, nach Italien einzumarschiren?“

Der Sprecher der Deputation wußte in seiner Verblüfftheit wegen dieser Frage nichts anderes zu erwidern, als daß es über die Grenzen seiner Aufgabe gehe, sich über eine solche Frage zu äußern. Und nach den Worten Andrassy's: Kritik sei eben leichter, als positive Vorschläge, verduftete die Junkerdeputation. Es kennzeichnet übrigens die Hohlheit und Verlogenheit dieser Bande, die kein Bedenken trägt, dem Staate politische Abenteuer, wie einen Kreuzzug gegen Italien zuzumuthen, daß ihre Organe den ganzen fatalen Schluß der Unterredung todtzuschweigen wollten. Wären diese Junker österreichische Patrioten, wofür sie sich ausgeben, und nicht feige Römlinge, die das nach Ruhe und Frieden ringende Reich in kriegerische Abenteuer für den Papst hineinziehen wollen, so hätten sie auf die bestimmte Frage des Ministers ebenso bestimmt erklären müssen, daß sie bei aller Verehrung für den heil. Stuhl das eigene Vaterland nicht der Segnungen des Friedens berauben, die Ruhe eines Welttheils nicht frevelhafter Weise gestört wissen wollen.

Politische Rundschau.

Laibach, 26. Jänner.

Inland. Im Verfassungsklub hat eine allgemeine Besprechung der galizischen Angelegenheit stattgefunden. Zweck derselben konnte jedoch zunächst nicht schon die meritorische Erörterung dieser Angelegenheit sein, sondern erst nur die Vorfrage, ob es zweckentsprechend sei, zur selben Zeit, wo das Subkomitee des Verfassungsausschusses im Verein mit der Regierung diese Frage den ernstesten Erwägungen unterzieht, auch im Klub dieselbe in Verathung zu ziehen. Die Entscheidung ist nun dahin ausgefallen, daß die Diskussion der polnischen Frage im Klub abgelehnt wurde, um dem Ergebnisse derselben nicht vorzugreifen; und es ward beschlossen,

erst dann Stellung zu nehmen, wenn das Ausschusselaborat vorliegen wird.

Die Ruthenen beabsichtigen an den Reichsrath eine Petition zu richten und in derselben darzulegen, daß die Zahl der galizischen Ruthenen (3 Millionen) eine so bedeutende sei, „daß die Ruthenen nicht als Fremdlinge betrachtet werden dürfen.“ Dann soll auch in dieser Petition nachgewiesen werden, daß die galizische Landtagsresolution die Ruthenen noch mehr in Nachtheil setze, sie geradezu „rechlos“ mache. Der einzige ruthenische Abgeordnete im Reichsrathe, Janowski, wird dem Verfassungsausschuß davon Kenntniß geben.

Dem „Ang. Lloyd“ erzählt man in einem Wiener Briefe: „Der Minister Unger hat ein Wort gesprochen, welches gleichzeitig eine gewisse entschlossene Haltung des Kabinetts gegenüber den Ansprüchen Galiziens nicht undeutlich kennzeichnet. Ein heißblütiges polnisches Mitglied des Verfassungsausschusses ließ sich hinreißen, von einem „Absalle“ des nicht befriedigten Galiziens zu reden. „Nun, wo wollen Sie denn hinfallen?“ fragte Minister Unger trocken. Aber die Antwort auf diese Frage blieb aus.

Den Sturz Hohenwart's schreiben die Tschechen bekanntlich den Ungarn aus Korbholz; daher die Parole: Aufreizung der Slaven in Ungarn wie in Oesterreich, Entflammung des slavischen Widerstandes auf der ganzen Linie. Vornehmlich der „Pokrok“ kultiviert diesen Theil des tschechischen Programmes mit Vorliebe; neulich waren es die Kroaten, denen er seine freundschaftliche Fürsorge angedeihen ließ, heute beglückt er die Slowaken in Nordungarn, die slavischen Brüder jenseits der Tatra mit seinen wohlgemeinten Rathschlägen. Originell ist das Programm allerdings nicht, welches das alte tschechische Organ diesen seinen neuesten Schülern für die bevorstehende Wahlkampagne in Ungarn anrath, sondern genau das tschechische Recept von Anfang bis zu Ende. Von dem bekannten „letzten Groschen“, der bei den ehrenwerthen Kaufmännern seine Wirkung gar nicht verfehlen kann, bis zur Ausnützung der freiheitlichen ungarischen Gesetze, natürlich gegen die ungarische Verfassung, fehlt keines der bewährten Mittel und Mittelchen, durch welche das tschechische Volk bis heute genasführt und in die hartnäckigste Opposition gehetzt wurde, in den Rathschlägen, welche der „Pokrok“ den ungarischen Slaven ertheilt. Und dabei wird die ungarische Linke, die gemäßigte wie die äußerste, zum Danke für ihre zeitweiligen Sympathien mit den Tschechen, in denselben Topf mit den verhassten Dealisten geworfen. Zum Glück weiß die ungarische Regierung die Sache beim rechten Ende anzufassen, wie sie soeben an den Agrarern Nationalen bewiesen hat.

Ausland. Die Ernennung Falck's zum preussischen Kultus- und Unterrichtsminister ist nun eine vollendete Thatsache, indem der König dieselbe am 22. d. M. um 1 Uhr Mittags nach dem unter seinem Vorsteher abgehaltenen Conseil durch Unterzeichnung der betreffenden Kabinettsordre vollzogen hat. Die beabsichtigte Verständigung fand umsoweniger Schwierigkeiten, als alles nur leere Erfindung war, was über verschiedene, von den vorgeschlagenen Kandidaten gestellte und vom Könige beanstandete Forderungen erzählt worden war.

In der „Köln. Ztg.“ liegt der Wortlaut der Denkschrift vor, die der preussische Episkopat an den Kultusminister, betreffend das Dogma der Unfehlbarkeit des Papstes, gerichtet hat. Die hochwürdigen Herren ergehen sich in derselben in gar schönen und klugen Worten über die Unversänglichkeit der neuen Lehre. Wahrhaft sossistisch klingt die Art und Weise, wie sie dem Minister zu beweisen suchen, daß jeder, der nicht an das neue Dogma glaubt, aufgehört hat Katholik zu sein, denn so lautet ihre Alternative, entweder müßte er, um als Katholik angesehen werden zu können, an die Unfehlbarkeit der Kirche, die von jeder Dogma des Katholizismus war, glauben, folglich ist er logischer Weise auch verpflichtet, die Entscheidung dieser Kirche,

die am 18. Juli 1870 die Infallibilität des Papstes aussprach, hinzunehmen, oder aber er thue dieses nicht, dann aber glaubt er nicht an ein Dogma, das bereits vor dem 18. Juli allgemein in der Kirche anerkannt war, hat also schon vor der Verkündigung der Infallibilität aufgehört, Katholik zu sein.

Zu der That recht sossistisch und klug durchgedacht und ausgeführt!

Eine große Lehre für die Polen ist in diesem Augenblicke die Sprache der Organe der russischen Reichsanzlei. Die eben weiter in Betonung der freundschaftlichen Beziehungen zu Oesterreich mit den bekannten Artikeln des russischen „Regierungsboten“, stellen sich aber dem in Arbeit begriffenen galizischen Ausgleich mit unverkennbarem Mißwollen gegenüber. Theils drücken sie ihre Zweifel an dem Gelingen einer Verständigung aus, als deren Hinderniß sie die Unverlässlichkeit der Polen angeben; theils sehen sie in dem Verhalten der letzteren eine Gefährdung der zwischen Rußland und Oesterreich angebahnten Verständigung. Besonders nachdrücklich aber weisen sie die von Polen jetzt nach tschechischem Muster geübte Taktik zurück, Rußland zur Einschüchterung Oesterreichs zu mißbrauchen. So ist der „Nord“ entrüstet über die von einem Wiener „Organe der Familie Czartoryski“ gebrachte Erfindung, die Petersburger Regierung werde nächstens in den polnischen Provinzen die Situation wieder herstellen, wie solche vor dem Aufstande vor 1863 bestanden hat; das Polnische werde wieder Landessprache, die wegen ihrer Bethheiligung an der Insurrektion exilirten Bischöfe sollen zurückgerufen, Warschau solle wieder der Sitz einer Zentralregierung, ein Großfürst zum Gouverneur mit dem Titel „Bizetönig“ ernannt und eine allgemeine Amnestie erlassen werden. Diese Ausgeburten der polnischen Fantastie werden vom „Nord“ als eine dem Ministerium Auerberg, das die Gefahr der Zustimmung zur galizischen Resolution kenne, gelegte Schlinge charakterisirt. Aber die Schlinge sei plump. „Es ist mehr als blödsinnig“, sagt der „Nord“ wörtlich, „der russischen Regierung die Absicht unterzuschleichen, die schmerzlichen und blutigen Erfahrungen von 1863 wieder von vorne anzufangen.“

Im Vatikan ist gegenwärtig der Vertreter Rußlands Gegenstand aller nur erdenklichen Aufmerksamkeit, da sich der heilige Stuhl mit der Regierung des Czaren in wichtigen Unterhandlungen befindet, die schon von vornherein auf ein beiderseitiges gutes Einvernehmen schließen lassen und zum mindesten beweisen, daß keine Spur mehr von jener erbitterten Feindseligkeit zwischen Rom und St. Petersburg vorhanden ist, die 1863 wegen des von Rom aus der damaligen polnischen Insurrektion geleisteten Beistandes zwischen beiden herrschte. Damals hatten die Polen angeblich Recht, das religiöse Gefühl in Mitleidenschaft zu ziehen, um sich von dem verhassten moskowitzischen Joch zu befreien. Heute hat Warschau Unrecht, und im Vatikan ist man um Vorwände nicht verlegen, der russischen Regierung Recht zu geben und den religiösen Gefühlen eine Richtung anzuweisen, wie sie Kaiser Alexander nur wünschen mag. Ja, man geht im Vatikan bereits so weit, an nicht mehr und nicht weniger als an eine Allianz zwischen Frankreich und Rußland zu denken, welche der Präponderanz des deutschen Elements in Europa entgegenarbeiten, die Garantie des europäischen Gleichgewichtes außerhalb des Prinzips der Nationalität suchen und dieses zuerst in Deutschland und sodann in Italien bekämpfen und schwächen soll. Die russische Diplomatie genos von je den Ruf großer Schlaubeit und scheint denselben auch diesmal nicht zu verleugnen, indem sie scheinbar auf die Ideen des Vatikans eingeht und durch ihre hiesigen mehr oder minder gewandten Vertreter dem Papste soviel als möglich Versprechungen zum Nachtheile Polens entlockt, um ihn später desto härteren Täuschungen zu überlassen. Man sieht indeß auch hieraus, daß politische Motive im Vatikan stets die Oberhand behalten, und daß man sich selbst nicht schent, dem Katholizismus zu nahe zu treten in der

Hoffnung, daß von Petersburg etwas für Rom zu erreichen sei.

Zur Tagesgeschichte.

— Blinde und Taubstumme in Oesterreich. Nach der letzten Volkszählung gibt es in Oesterreich 11.326 Blinde und 19.681 Taubstumme. Von der Gesamtzahl der Blinden stehen 755, von jener der Taubstummen 5819 im schulpflichtigen Alter und sollten den zweckentsprechenden Unterricht erhalten. Wie aber sorgt Oesterreich in dieser Beziehung? Die fünf Anstalten für Blinde in Wien, Linz, Prag, Brünn und Lemberg beherbergten nur 218 Böglinge; die vierzehn Taubstummenanstalten in Wien (zwei), St. Pölten, Linz, Graz, Klagenfurt, Görz, Hall, Triest, Prag, Leitmeritz, Brünn, Lemberg und Przemyßel nur 837. Also nur etwa ein Viertel der Blinden und ein Siebentel der Taubstummen im schulpflichtigen Alter erhalten den Unterricht, dessen sie zu ihrem Fortkommen weit dringender als die mit ihren fünf Sinnen Beglückten bedürfen. Mögen diese Thatsachen die neuen Schulbehörden veranlassen, für eine große Zahl unserer unglücklichen Mitmenschen Abhilfe zu schaffen.

— Ueber die Sprachenfrage in der Diplomatie schreibt die „Spener'sche Zeitung“: „Diejenigen Nationen, welche nach Berlin in ihrem eigenen Idiom schreiben, was wir ganz natürlich finden und was uns bei der in Deutschland vorhandenen Kenntniß der Sprachen der meisten Kulturvölker nicht in Verlegenheit setzt, empfangen seit geraumer Zeit von uns in schlichter Gegenseitigkeit Mittheilungen in deutscher Sprache. So verfahren wir mit Nordamerika, mit England, mit Italien, wohl auch mit Spanien. Wenn andere Staaten, uns gegenüber, statt ihrer eigenen Sprache sich des Französischen bedienen, so erwidern wir dies aus Gründen der Zweckmäßigkeit. Aus denselben Gründen wird unsererseits auch die lateinische Sprache angewandt, zum Beispiel im Verkehr mit dem römischen Stuhl. In dieser Praxis ist nenerdings nicht die mindeste Aenderung eingetreten, vielmehr nur noch die eine Konsequenz gezogen worden, daß, da die Franzosen uns in ihrer Muttersprache anreden, wir ihnen in unserer Muttersprache Rede stehen.“

— Ein kunsthistorischer Fund macht in Turin großes Aufsehen. Man glaubt ein Bild von Tizian, die Madonna mit dem Schleier, von dem es bisher hieß, es sei schon im sechzehnten Jahrhundert bei der Erstürmung Roms durch den Connetable von Bourbon zu Grunde gegangen, wiedergefunden zu haben. Wie der „Stalie“ hierüber geschrieben wird, befand sich das Bild mit mehreren anderen werthvollen Gemälden in einem alten Schlosse, das dem verstorbenen Doktor Riberi gehört hatte. Dessen Erbe ließ einen seiner Freunde, einen Maler, nach dem Schlosse kommen, damit er die Bilder untersuche und schätze, und zum Zeichen des Dankes für diese Mühe schenkte er ihm dann das Bild, in dem bereits mehrere Professore der Turiner Akademie die Madonna mit dem Schleier von Tizian erkannt haben wollen, und für welches dem glücklichen Befinder bereits eine Million Franken geboten worden sein sollen.

— Heilung durch Blattern. Der in Berlin erscheinende „Publizist“ erzählt folgende wunderbare Heilung: Der Studiosus der Medizin S. hieselbst wurde im Jahre 1854 von einer totalen Geistesstörung befallen. Die Krankheit bot allen Anstrengungen der Aerzte Trotz und der früher so liebenswürdige, heitere Musesohn wurde in einer Irrenanstalt untergebracht, aus der er 1856 als unheilbar entlassen wurde; da er still und in sich, gekehrt war und niemanden belästigte, nahmen ihn seine Eltern mit sich nach Hause. Siebzehn Jahre sind seit dem Ausbruche der Krankheit verstrichen, der Vater des Unglücklichen ist längst gestorben, die Mutter und eine Schwester leben noch. Anfangs November vorigen Jahres wurde der Geisteskranke von den Pocken befallen, die er unter der Pflege seiner Mutter und Schwester glücklich überstand. Nach dieser Krankheit war aber zum Erstaunen des ihn behandelnden Arztes jede Spur der früheren Geistesstörung verschwunden, so daß er sich jetzt

der vollständigsten Gesundheit erfreut. Der Arzt erklärt den seltsamen Fall dadurch, daß jene Geistesstörung durch einen Krankheitsstoff erzeugt worden, den die Pocken gänzlich aus dem Körper entfernt haben mögen.

Die letzte Volkszählung in Ungarn hat ergeben, daß von den 13,219,350 Einwohnern, welche das eigentliche Ungarn mit Siebenbürgen zählt, bloß 3,593,475 schreiben und lesen können; 1,282,759 Personen können entweder bloß schreiben oder bloß lesen und 8,343,116 können weder schreiben noch lesen! Von den 2,284,741 Kindern, welche nach dem Gesetze schulpflichtig sind, besuchen 1,132,626, also beinahe die Hälfte, keine Schule, erhalten auch keinen Privatunterricht. Damit diese große Anzahl von Schulpflichtigen nur der nothdürftigsten Schulung theilhaft werden könne, müßten noch 13,783 Lehrer außer den vorhandenen angestellt werden. Mehrere Tausend Gemeinden haben gar keine Schule; die Unterrichts-Anstalten, die in andern Tausenden von Gemeinden bestehen, verdienen nicht entfernt diesen Namen.

Die für die Livingstone-Expedition erforderliche Minimalsumme von 5000 Pfd. St. ist noch nicht zusammengebracht; indessen sind die Einzelheiten für Ausführung des Unternehmens schon so ziemlich geordnet. Als Anführer der Expedition ist der Marine-Lieutenant Pellyn Dawson ausersehen, welcher sich im Jahre 1869 unter Admiral Sir G. Keppel bei den schwierigen Operationen der Vermessungen am oberen Jang-tse-Kiang hervorgethan hat. Ein anderer Offizier wird ihm zur Seite stehen, und außer diesen beiden wird der europäische Theil der Expedition aus einem Sohne Livingstone's und einem Handwerker und Dolmetsch bestehen, welcher erst in Zanzibar engagirt werden soll. Die Expedition wird gegen den 2. Februar in dem Dampfer „Abydos“ direct nach Zanzibar in See gehen, woselbst der englische Geschäftsträger Dr. Kitz inzwischen eine bewaffnete Eskorte von fünfzig auserlesenen Eingeborenen gebildet hat. Die Aufgabe der Expedition ist streng darauf beschränkt, Livingstone aufzusuchen und ihm Vorräthe zuzuführen, ihn nach Hause zurückzubringen oder aber, falls er nicht mehr unter den Lebenden sein sollte, in Besitz der Aufzeichnungen über seine Entdeckungen zu gelangen.

Local- und Provinzial-Angelegenheiten.

Original-Korrespondenz.

Rudolfswerth, 24. Jänner. Heute wurde beim k. k. Kreisgerichte Rudolfswerth unter dem Vorsitz des k. k. Präsidenten Gerscher, der k. k. Landesgerichtsräthe Dr. Wolf, v. Huber, Dr. Bojska, des k. k. Sekr. v. Gordini als Richter, des Ausf. Jenčić als Schriftführers und Intervenirung des k. k. Staatsanwaltsubstituten Jordan, der Verteidiger Dr. Stebl, Dr. Hofma, Advokat Ogrinz, die am 15. l. M. begonnene Schlussverhandlung gegen Franz und Martin Bucelj, Johann Oden und Genossen, im ganzen gegen 36 Angeklagte, darunter 24 bereits ein- und mehrmals abgestrafte Individuen, über 55 komplizierte Diebstahlsfälle, Diebstahltheilnehmungen, Betrug und Vorschiebungen das Urtheil gefällt und verkündet, wobei die Hauptthäter, zwei zu 9, dann mehrere zu 6, 5, 2 Jahren schwerem und verschärften Kerker verurtheilt wurden. Hinsichtlich des wegen Verbrechens des versuchten Raubmordes Angeklagten Johann Oden wurde die Urtheilsschöpfung verweigert. Der Sachverhalt aller dieser Diebstahle, wodurch seit Juni 1870 bis theilweise auch Ende 1871 die Bezirke Raasdach, Rossenhub, Gutsfeld, Landstraß, Rudolfswerth in hohem Grade unsicher gemacht wurden, zeigt ein rauchiges Bild des Treibens entlassener Sträflinge, ihre hohe Gefährlichkeit für fremdes Eigenthum, ihre in jeder Beziehung sittliche Verkommenheit und es ergibt sich im Interesse der Gesellschaft, des Eigenthums und der Sittlichkeit die dringende Nothwendigkeit, daß die Frage, was mit entlassenen unverbesserlichen Sträflingen zu geschehen habe, in Anregung gebracht und das Beispiel mehrerer ausländischer Regierungen in dieser Beziehung

befolgt werde. Da unsere Gesetzgebung einer umfassenden, zweckentsprechenden Maßregel entbehrt, wodurch diesem Uebel wenigstens relativ gesteuert werden könnte, so liegt eben in diesem Umstande der Grund der von Jahr zu Jahr steigenden Verbrechen, einer höheren Inanspruchnahme des Justizbudgets, einer Ueberbürdung der Bezirksgerichte und insbesondere der kleineren mit geringem Personale versehenen Gerichtshöfe.

Local-Chronik.

(Landesausschuß.) Bei der Wichtigkeit und Dringlichkeit einer landwirthschaftlichen Schule in Unterfrain hat der Landesausschuß beschlossen, die Entscheidung dieses beim k. k. Ministerium abhängigen Gegenstandes in Erinnerung zu bringen. Die Relation betreffs der Uebernahme des Normal-Schulsfondes in die kassamäßige Verwahrung und Berechnung des Landesausschusses wurde zur Kenntniß genommen. Die Mittheilung der k. k. Landesregierung, daß die vom Ministerium Hohenwart ergangene Weisung wegen Einrechnung des Kriegszuschlages in die direkte Steuer bei Verfassung der Wählerlisten für die Landtagswahlen vom gegenwärtigen Ministerium annullirt wurde, ist zur Kenntniß genommen worden und wird dem nächsten Landtage zur Anzeige gebracht werden. Wegen der mannigfachen Mängel des jetzigen Gemeindegesetzes läßt der Landesausschuß durch einen Fachmann einen neuen Gesetzentwurf für die nächste Landtagssession vorbereiten. Aus diesem Grunde erscheint ihm auch die Aktivirung der neuen Hauptgemeinden vorläufig durchaus nicht zweckmäßig. In diesem Sinne beschloß der Landesausschuß eine diesbezügliche Zuschrift der k. k. Landesregierung zu beantworten. Zum Rechtsanwalte der krainen Landesvertretung in dem vom Triester Stadtmagistrate gegen das Land Krain beim k. k. Reichsgerichte angebrachten Prozesse wegen Findlingsverpflegskosten wurde der Advokat Herr Dr. Costa bestimmt.

(Wahl des hiesigen Handelskammer-Präsidenten.) Dieselbe fand gestern Nachmittags statt. Herr B. C. Supan wurde von den 9 anwesenden Wählern einstimmig wieder gewählt. Wie man vernimmt, entschloß man sich schwer zu dieser Wiederwahl und die geringe Theilnahme an derselben kann als ein Ausdruck des Widerwillens gegen dieselbe angesehen werden. Selbst die Erschienenen waren wenig für diese Wiederwahl eingenommen und schwerlich wäre sie zu Stande gekommen, wenn nicht Dr. Costa, als korrespondirendes Mitglied der Kammer, bevor es zur Wahl kam, den Wählern an das Herz gelegt hätte, daß Herr Supan krank sei und seine Entsetzung von dem Präsidium für seine Gesundheit nachtheilige Folgen haben könnte. Wir wünschen dem Herrn Supan sicherlich auf das aufrichtigste baldige Genesung und Bewahrung vor Rezidiven; doch können wir in der von Dr. Costa vorgebrachten silantropischen Motivirung nicht den hauptsächlichsten Beweggrund erblicken. Es will uns bedünken, daß es sich insbesondere darum handelte, der national-kerischen Partei im Landtage die Stimme des Herrn B. C. Supan zu sichern. Dieselbe muß dem Herrn Dr. Costa und Genossen erhalten bleiben, selbst um den Preis, daß die krainische Handelskammer — ohne Präsidenten fortzuevegetiren hätte. Wir erachten übrigens die Besetzung, daß der Herr B. C. Supan im Landtage zur Opposition überspringen könnte, für nicht gegründet, denn er ist ultramontan nicht aus Opportunität, sondern aus Ueberzeugung, welche zu verleugnen wir ihn nicht für fähig halten. Es ist eine lang bekannte Thatsache, daß unsere Handelskammer im Interesse der Angelegenheiten, die sie zu vertreten hat, mehrfacher Belebung, bedarf und bedauern, daß gerade die jetzige Unpäßlichkeit des Herrn B. C. Supan dieselbe wieder auf längere Zeit vereinnelt hat.

(Laibacher Gewerbebank.) Zu den Monaten October, November und Dezember 1871 sind bei der Laibacher Gewerbebank 22 Gesuche, theils um neue, theils um Erhöhung bestehender Kredite, im Gesammtbetrage per 16,550 fl. eingereicht wor-

den. Der effektive Stand der Kredittheilnehmer betrug mit Ende Dezember 1871: 164 mit dem Kredite per 148,180 fl. — An Wechseln wurden eskomptirt, und zwar: Im Monate October 1871 123 Stück im Betrage per 96,493 fl. 49 fr., November 108 Stück im Betrage per 52,107 fl. 76 fr., Dezember 141 Stück im Betrage per 100,623 fl. 1 kr., zusammen 372 Stück im Betrage per 249,224 fl. 26 fr. Im Portefeuille verblieben 413 Stück im Betrage per 256,602 fl. 88 fr.; der Kassenverkehr erreichte die Höhe von 771,982 fl. 41 fr. In laufende Rechnung wurden übernommen 574,793 fl. und rückgezahlt 390,791 fl. Der Stand der Gelder in laufender Rechnung verblieb daher mit 184,002 fl.

(Das Typographen-Kränzchen), das morgen Abend im „Hotel Elefant“ abgehalten wird, verspricht eine recht hübsche Unterhaltung zu werden. Die Jünger Gutenbergs sind eifrig mit den Vorbereitungen beschäftigt, um ihren zahlreich erwarteten Gästen einen angenehmen Abend zu bereiten.

(Zur Statistik der Sterbefälle in Laibach.) Im Jahre 1871 sind in Laibach 922 Personen gestorben, und zwar 491 männlichen, 431 weiblichen Geschlechtes. Auf die einzelnen Monate vertheilen sich die Sterbefälle folgendermaßen: Jänner 86, Februar 90, März 96, April 69, Mai 92, Juni 74, Juli 73, August 62, September 77, October 70, November 52, Dezember 82. Nach dem Alter starben unter einem Jahre 196, von 1 bis 7 Jahren 100, von 7 bis 20 Jahren 47, von 20 bis 40 Jahren 175, von 40 bis 60 Jahren 185, von 60 bis 80 Jahren 164, von 80 bis 100 Jahren 30. Nothgetauft wurden 4; die Zahl der Todtgeborenen beträgt 21. An gewöhnlichen Krankheiten starben 803, an Blattern 6, an Mästen 4, an Scharlach 1, an Typhus 10, an häutiger Bräune 10, an Tetanus 2, an Brechdurchfall 12, an Durchfall 7, an der Ruhr 4; sterbend wurden ins Spital überbracht 13. Im Jahre 1870 sind 908 Personen hier gestorben, demnach entfallen auf das vorige Jahr 14 Tode mehr.

(Eine Primiz) wurde am 7. d. M. zu Pingente in Istrien abgehalten. Der Priester, welcher seine erste Messe las, war ein Pinquintiner und das gläubige Volk war zu dem Schauspiel von weit und breit herbeizogen. Nach dem geistlichen Feste aber folgte ein großer Schmaus, wobei leider — der Wein zu gut war, denn drei der hochwürdigen Herren, die zu viel getrunken hatten oder denen, delikater gesagt, „vielleicht nur der Wein zu stark war,“ geriethen in Streit, und nun regnete es Puffe und Ohrfeigen von geweihten Händen und Fäusten auf geweihte Wangen und Rücken, bis jeder seinen Theil hatte. Der Liberalismus war an dem Standälchen nicht schuld. Im Uebrigen haben sich aber die hochwürdigen Herren sehr gut unterhalten.

(Aus dem Amtsblatte der „Laib. Zit.“) Am Rudolfswerther Obergymnasium sind zwei Lehrstellen zu besetzen. — Randmachung namentlich an Besitzer von Pfandbriefen der „sächsischen Hypothekbank zu Leipzig“ (anlässlich des ausgebrochenen Konkurses jener Bank), wegen Wahrung und Anmeldung ihrer Rechte vor dem 17. Februar d. J.

Aus dem Vereinsleben.

Konstitutioneller Verein. 37. Versammlung am 24. Jänner. (Schluß.) Ueber den zweiten Gegenstand der Tagesordnung, „Reform der Bildungsanstalten für den Clerus“, hielt Herr August Dimich nachfolgenden Vortrag: Die katholische Bewegung unserer Zeit ist eine vorwiegend hierarchische und ultramontane; ihr letztes Ziel ist Alleinherrschaft der römischen Kirche und ihrer Organe über Gemüth und Willen ihrer Angehörigen, Zurückführung der Abgefallenen in ihren Schoß und endlich Ausdehnung ihres Machtgebietes über die gesammte Christenheit. Als den ersten ihrer Gegner betrachtet sie die Freiheit und Selbstbestimmung des Individuums, die freie Wissenschaft, welche eben die Selbstentwicklung jedes einzelnen zum Bewußtsein seiner Aufgabe fördert. (Beifall.)

Die Kirche ist Jahrhunderte lang die Pflgerin der Wissenschaft gewesen, aber sie hat dieselbe zu ihrem ausschließlichen Monopol gemacht, um in ihrer Hand die Bestimmung des Maßes zu halten, mit welchem ihre Errungenschaften der Menschheit zugemessen werden sollten. Die Kirche hat die Erziehung der Jugend zum Gegenstande ihrer

eifrigsten Sorge gemacht, um in den Stand gesetzt zu sein, die Richtung zu bestimmen, welche sie ihrem Denken und Wollen zu geben für gut findet. (Richtig.)

Da jedoch die Hierarchie das natürliche Bedürfnis fühlt, sich fort und fort durch einen frischen Nachwuchs zu ergänzen, welcher das tausendjährige Werk der Geistesunterdrückung im ewerbten Geiste fortzuführen befähigt sei, so hat sie frühzeitig an Pflanzschulen gedacht, in welchen bereits die zarte Jugend in ihrem Sinne für den einflügeligen Beruf, der Herrschaft über die Seelen vorgebildet werden sollte, um so den eigentlichen Drillanstalten der Kirche, den bischöflichen Seminarien als geeignetes Material übergeben zu werden. (Sehr richtig.)

Die hervorragendsten Dienste haben in dieser Beziehung die Jesuiten der Kirche geleistet, indem sie Jahrhunderte lang in fast allen Ländern Europas den Unterricht unter dem Schutze des Absolutismus monopolisirten und in Rom selbst, in dem Bildungsmittelpunkte des katholischen Klerus, ihrem Erziehungssystem zur Herrschaft verhalfen.

Die Punkte des jesuitischen Erziehungssystems ist bekannt. Sie besteht, wie ein geistvoller Lehrer des kanonischen Rechtes, S a u l t e, sagt, nicht in der Entwicklung des Geistes, in der Bildung des Verstandes und Gemüthes, sondern in der Verbringung bloßer Kenntnisse, einer Masse positiver Daten, Materialen für das Gedächtnis; in der Fähigkeit, nach einer Schablone mit dem Materiale zu operiren, in syllogistischer Form zu disputiren; sie ist vor allem darauf bedacht, den jungen Menschen vom Abweichen von der gewöhnlichen Schablone und daran zu verhindern, selbständig zu denken, andererseits durch Vertheiligkeit, Nothentzang, Litaneien, Lesen der Gebete, Meditiren nach vorgeschriebenen Gedanken und Formen, Beichten nach der Uhr zu bestimmten Tagen, Lectüre derselben Gattung, Exercitien, die geeignet sind, den Verstand in einen bestimmten Denkkreis vollständig einzuzwängen, den Glauben als ein rein mechanisches Annehmen dessen, was X sagt, das Nachdenken, Begründen u. s. w. als überflüssig praktisch begreifen zu lassen, endlich das Individuum in jedem Momente zu dreistern, daß es seiner Abhängigkeit von der geistlichen Leitung bewußt wird. Die ganze Erziehung des Klerus zielt dahin, systematisch den Abscheu vor der Wissenschaft einzuprägen. (Beifall.) Die sogenannte wissenschaftliche Bildung besteht daher im Einlernen von Kollegienbüchern, ohne Quellenstudium, fern von den Brennpunkten wissenschaftlichen Lebens und nie berührt von einem Hauch freier Forschung und Selbstthätigkeit. Und in neuester Zeit ist in diese menschenwürdigen Institute noch ein anderer Geist eingeblasen, die durch die offizielle kirchliche Presse genährte Feindschaft gegen den Staat und gegen seine Grundgesetze, eine Feindschaft, welche sich mit altbewährter Weisheit des Nationalhaßes als einer bequemen Handhabe bedient, um ihre, j e d e r n a t i o n a l e n Entwicklung verderblichen Ziele zu erreichen. (Richtig.) Ihren Höhepunkt hat diese staatsfeindliche Tendenz in der Unfehlbarkeitsklärung des Papstes durch ein, in seiner Majorität von seinem hohen Wasser und abhängiges und slavisch unterwürfiges Konzil gefunden. Neben einem unfehlbaren Papst gibt es keinen Raum für einen Bischof im Sinne der alten Kirchenverfassung, es gibt keine b i s c h ö f l i c h e n, sondern nur mehr p ä p s t l i c h e Seminarien, welche im Geiste Roms geleitet werden müssen, wenn die Bischöfe ihre Pflicht als Vasallen ihres obersten Lebensherrn treulich erfüllen wollen. In diesen Seminarien wird fortan das Dogma der Unfehlbarkeit gelehrt, der Unfehlbarkeit eines Papstes, der in seinen Allokutionen von 1861 und 1862 jede Verhöhnung des Papstthums mit der modernen Zivilisation mit Abscheu zurückgewiesen, der 1864 den Syllabus als Kriegserklärung an die moderne Zivilisation erlassen, 1867 das Jentenanium der heiligen Inquisitionen gefeiert und 1868 die österreichische Verfassung als für die Kirche unannehmbar verworfen hat. (Lebhafter Beifall.) Wir dürfen uns nicht über die Gefahren täuschen, welche der Humanität, der Zivilisation, dem Fortschritt durch den unfehlbaren Papst drohen. (Sehr richtig.) Er hat bereits von dem neu eroberten Terrain Besitz ergriffen, indem Kardinal Antonelli am 11. August 1870 in einer Depesche an den Nuntius in Brüssel erklärte, daß durch die feierliche Verkündigung am 18. Juli 1870 das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes für die ganze katholische Welt obligatorisch sei und den Regierungen nicht weiter notifizirt zu werden brauche. Wenn also die Kirche angriffsweise gegen den Staat vorgeht, so wird doch wohl von Seite des letzteren an Abwehr gedacht werden müssen. Der Staat hat das dringendste Interesse daran, daß die künftigen kirchlichen Vorsteher der Gemeinden nicht im staatsfeindlichen Sinne, nicht zu beständigem Streit und Hader mit den Gesetzen und Behörden des Staates herangebildet werden, und nicht minder muß ihm daran liegen, daß die Führer des Volkes in geistlichen und so vielen anderen Dingen sich ein zureichendes Maß allgemeiner höherer Bildung aneignen. (Beifall.) Jeder Seelsorger ist mehr oder weniger auch ein öffentlicher Diener (ganz richtig) und es steht dem Staate daher auch zu, nicht nur dem künftigen Geistlichen den Besuch von Staatsanstalten vorzuschreiben, sondern auch von demselben das Bestehen einer Prüfung vor den vom Staate dazu verordneten Lehrern und Beamten zu fordern. (Beifall.) Wer diese Bedingungen nicht erfüllt, den braucht der Staat weder anzuerkennen noch anzustellen.

In Oesterreich tritt noch die Beitragsleistung des Staates zum Unterhalt der Kleriker aus dem Religionsfonde, der zum wenigsten in K r a i n p o s s i o und daher vom Staate dotirt

ist, hinzu. Tritt an die Stelle der bischöflichen Seminare die Hochschule mit der freieren Bewegung des bisher in ein „dummes Mauerloch“ gebanntem jungen Theologen, mit dem frischen, belebenden Hauche der Gesellschaft, mit der vom Staate gewährten Freiheit der Lehre, dann werden auch die Knabenseminare ihren Zweck verfehlen, und der Staat wird sie schadlos fortbestehen lassen dürfen, wenn auch mit Festhaltung seines Aufsichts- und Leitungsgewalt. Die deutsche Wissenschaft allein vermag den Jesuiten mit Erfolg zu widerstehen. (Beifall.) Wie in Deutschland durch Luther, einen deutschen Professor, mit „academischen Thezen“ der erste Schlag gegen die päpstliche Alogenart geführt worden, wie später ein Hermes, ein Günther das Recht der Vernunft dem blinden Autoritätsglauben gegenüber in deutscher Sprache glänzend vertheidigten, wobei wir übrigens auch der ersten französischen Reformatoren und Literatoren, eines Truber, Dalmatin, Bohoritsch nicht vergessen dürfen (Beifall), welche die Aurgung zu ihrer ersten bewunderungswürdigen religiös-patriotischen Arbeit aus deutscher Quelle schöpften, so hat sich in neuester Zeit wieder ein klarer Wind aus dem thatkräftigen Biederland erhoben, dem das lustige Kartenhaus römischer Scholastik nicht widerstehen kann. Aus dem Schoße der Kirche ist ihr der Mann entstanden, dessen heldenmüthiges Manneswort schon viele der alten Kirche treue Katholiken zum einmüthigen Widerstande gegen Roms Herrschaft zusammengeschaart hat, und so dürfen wir von dem Zusammenbrechen des alten, morschen theologischen Unterrichtssystems eine neue befreiende Aera für die Kirche ohne Schädigung ihres echten Klerus datiren.

Geistigen und materiellen Fortschritt unseres theuren Vaterlandes zu fördern, ist auch das Ziel, das wir, kämpfend unter den ungünstigsten äußeren Verhältnissen gegen entschlossene, rücksichtslose, in der Wahl ihrer Mittel nicht bedenkliche Gegner, uns gestellt haben (lebhafter Zustimmung), dieser Aufgabe gemäß, beantrage ich, daß wir in einer heute zu beschließenden Resolution aussprechen:

„Der Fortbestand der bischöflichen Seminarien als „Bildungsanstalten für Kleriker ist aus staatsrücksichtlichen „unzulässig, der theologischen Wissenschaft ist an den Hochschulen eine sichere Freistätte zu gewähren!“ (Allgemeiner, sehr lebhafter Beifall.)

Bei der hierauf erfolgten Abstimmung wurde vorstehende Resolution einmüthig angenommen und hierauf die Versammlung um 8½ Uhr geschlossen.

Gingehend.

Wir erlauben uns den Herrn Vorstand des hiesigen Telegrafendienstes in Kenntniß zu setzen, daß bei der demaligen Berechnung der Stiege kaum von einem Heimischen, geschweige aber von einem Fremden das Amtsolafé gesunden werden kann; unsers Wissens sind auf der hiesigen Station drei Amtsdienere, deren tägliche Arbeit wir uns so ziemlich vorzustellen in der Lage sind, — es fällt uns auf, daß diese Leute nicht Zeit finden, die Laterngläser und das Lämpchen zu reinigen oder den Docht zu beschneiden, anderseits wissen wir ganz genau, wie stink dieselben beim Einheimsen der Silberzähler sind und heute diese freiwillige Gabe bereits als „vorschriftsmäßig“ betrachten und demgemäß bei den Parteien auftreten.

Beilich ist das Campenputzen die Arbeit der Herren Beamten? — wir glauben, die drei Amtsdienere hätten nichts dagegen, wenn sie ihre Vorgesetzten von dieser Arbeit befreien würden, wenn ihnen nur der obligate Silberzähler per Depesche bleibt.

Mehrere Parteien, welche diese zwei Mißbräuche doch endlich einmal abgeschafft sehen möchten.

Wie groß die Zuverlässigkeit des am 19. d. M. den Dienst im Laibacher Telegrafendienst versehenen Beamten, konstatirt der Vorfall, daß eine an mich dort am 19. d. M. früh 7½ Uhr nach Rudolfswerth in Krain (nicht nach S. Francisco) ausgegebene Depesche, anlässlich eines Todesfalles, mir am 20. d. M. früh 8½ Uhr zu Händen kam. Dieses zur Warnung in wichtigen Angelegenheiten an das nahe und fern domizilirende Publikum.

Franz Kreipner,
Hauptmann.

Rudolfswerth, am 24. Jänner 1872.

Angewandte Fremde.

Am 25. Jänner.

Elefant. Kisel, Hof-Unterkrain. — Ritter von Schmit, Italien. — Matefi, Triest — Chavi, Ingenieur, Italien. Klebec, Laib. — Zehentmayer, Marine-Offizier, Zobelberg. — Dr. Tauffner, Bestzer, Weizelburg. — Frau Klein, Kaufmannsgattin, Triest.

Stadt Wien. Stampfl, Kfm., Gottsche. — Uhl, Kfm., Wien. — Parth, Kfm., Wien. — Papler, Lehrer, Billiggrub. — Trajajer, Kfm., Dornbirn — Friz, Kfm., Ludwigsburg. — Vanger, Gutsbesitzer, Poganitz.

Verstorbene.

Den 25. Jänner. Dem Blasius Goriup, Tagelöhner, sein Sohn Franz, alt 6 Jahre, in der Stadt Nr. 186 an der Harnhautentzündung. — Dem Johann Bidic, Schuhmacher, sein Sohn Johann, alt 10 Jahre, in der Polana-vorstadt Nr. 34 an der Gehirnlahmung.

Witterung.

Laibach, 26. Jänner.

Morgens dichter Nebel, Vormittags theilweise gelockerte Wolkendecke, einzelne Sonnenblicke. W a r m e: Morgens 6 Uhr + 2.3°, Nachmittags 2 Uhr + 5.8° C. (1871 + 1.9°; 1869 - 3.9°). Barometer im Steigen 730.87 Millimeter. Das gestrige Tagesmittel der Wärme + 4.3°, um 6.1° über dem Normale. Der gestrige Niederschlag (Regen) 25.50 Millimeter.

Gedenktafel.

Über die am 30. Jänner 1872 stattfindenden Vizitationen.

3. Feilb, Kos'che Real., Grafenbrunn, BG. Feilstriz. — 1. Feilb, Strajner'sche Real., Bleiberb, BG. Sittich. — 3. Feilb, Selles'sche Real., Killenberg, BG. Feilstriz. — 1. Feilb, Bogar'sche Real., Zabokev, BG. Oberlaibach.

Theater.

Heute: Zum vierten male: Die Prinzessin von Trapezunt. Komische Oper in 3 Acten von Hopp. Musik von Offenbach.

Das Feinste in

Kotillon-Orden

bei
Josef Karinger.

Für ein Manufaktur-Geschäft in Cilli wird ein Lehrling, welcher der deutschen und der slovenischen Sprache mächtig ist, sogleich aufzunehmen gesucht. Nähere Auskunft in der Expedition dieses Blattes. (47-1)

Der
gänzliche Ausverkauf
meines noch vorräthigen Waarenlagers zu besonders herabgesetzten Preisen in meiner Wohnung in der (612-11) Sternallee im Kollman'schen Hause 1. Stock, neben dem Theater.
Albert Trinker.

Wiener Börse vom 25. Jänner.

Staatsfonds.	Gold Ware	West. Hypoth.-Bank.	Gold Ware
Herr. Rente, 50. Pap.	62.75 62.85	95.—	95.50
do. do. 50. in Silb.	72.60 72.70		
Jose von 1854 . . .	17.— 98.—	Prioritäts-Oblig.	
Jose von 1860, ganzl.	101.25 107.50	Städt. Sel. zu 500 fl.	114.— 114.25
Jose von 1860, Rünft.	121.— 121.50	do. Bond 6 p. St.	130.— 132.—
Brämen'sch. v. 1864 .	149.25 149.50	Städt. (100 fl. St.)	105.— 105.50
		Städt. (200 fl. St.)	92.50 98.—
		Staatsbahn pr. Stüd	137.— 138.—
		Staatsb. pr. St. 1867	135.— 136.—
		Rudolf'sch. (300 fl. St.)	95.25 96.75
		Franz-Jos. (200 fl. St.)	102.30 102.20
		Loth.	
		Kredit 100 fl. St.	190.— 191.—
		Don.-Dampfsch.-Ges.	98.50 99.—
		zu 100 fl. St.	120.50 121.50
		Trichter 100 fl. St.	58.— 60.—
		do. 50 fl. St.	32.— 33.—
		Offener . 40 fl. St.	42.— 43.—
		Salz . . . 40	27.50 29.—
		Walfisch 40	37.50 38.50
		St. Genois 40	31.50 32.—
		Waldgras 20	21.50 22.50
		Walstein 20	22.— 23.—
		Reglevich 10	14.— 16.—
		Rudolf'sch. 100 fl.	14.50 15.—
		Woolool (3 Mon.)	
		Kugel. 100 fl. St.	97.10 97.20
		Franz. 100 fl.	97.30 97.40
		London 10 fl. St.	115.39 115.40
		Paris 100 Francs	44.85 44.90
		Münzen.	
		Kais. Münz-Ducaten	5.48 5.50
		30-Francstück . . .	9.16 9.17
		Bereitsch.	1.2 1.28
		Silber	113.45 114.76
		Pfandbriefe.	
		Ration. 8. St. verlos.	90.— 90.20
		Eng. Ob.-Creditanst.	88.50 89.—
		Öst. Ob.-Cred. 100.	106.— 106.50
		do. in 23 J. rüd.	87.— 87.50

Telegraphischer Wechselkurs
vom 26. Jänner.
Sperz. Rente 58. — Papier 62.60. — Sperz. Rente 58. — Silber 72.30. — 1860er Staatsanlehen 107. — Bankaktien 848. — Kreditaktien 346.50. — London 114 7 0. — Silber 113 25. — K. f. Münz-Ducaten 5.47. — Napoleons'or 9.11/.